

## Unternehmensbefragung Corona-Krise

# SITUATION UND AUSBLICK

### **Blitzumfrage der Wirtschaftsförderung bei den Unternehmen im Landkreis Schweinfurt**

Seit dem 21. März 2020 gelten in Bayern erhebliche Einschränkungen für die Bürger und Unternehmen auf Grund der Corona-Pandemie. In den letzten Wochen hat die Wirtschaftsförderung des Landkreises Schweinfurt in einer Vielzahl von telefonischen Beratungen und individuellen Hilfestellungen viele Rückmeldungen von Unternehmen erhalten. Die bayerischen Landkreise und Städte befinden sich auch bereits seit Wochen mit Invest in Bavaria, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Freistaats Bayern, im Austausch über die Problemlagen der Unternehmen. Um einen möglichst repräsentativen Überblick über die aktuelle Situation, die spezifischen Problemlagen sowie den Ausblick für die nächsten Wochen und Monate zu erhalten, hat die Wirtschaftsförderung des Landkreises Schweinfurt eine Blitzumfrage durchgeführt.

Anliegen war es insbesondere die Einschätzung der vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die nicht nur den Landkreis Schweinfurt, sondern große Teile des ländlichen Raumes prägen, zu erfassen und an Politik, Verwaltung und Entscheidungsträger weiterzugeben. Die Ergebnisse werden von der Wirtschaftsförderung an Invest in Bavaria und das Bayerische Wirtschaftsministerium übermittelt, damit bei den anstehenden Entscheidungen auch diese direkte Rückmeldung der kleinen und mittelständischen Unternehmen Beachtung finden kann.

An der Blitzumfrage hat etwa ein Viertel der gut 400 angeschriebenen Unternehmen teilgenommen, die Befragung wurde über einen Onlinefragebogen in der KW 17 durchgeführt.

### **Rückgänge bei den Aufträgen, Liquiditätsprobleme und fehlende Kinderbetreuung belasten Unternehmen**

Einen Überblick über die aktuelle Situation geben die Antworten auf die Frage nach den aktuellen Problemlagen der Unternehmen. Nur ganz vereinzelt sehen die Unternehmen aktuell keine Einschränkungen und besondere Herausforderungen, ganz überwiegend wurden jedoch mehrere Problemlagen genannt. Im Vordergrund steht hier die Auftragslage, die von 71 % der Unternehmen ge-

nannt wird. Stornierungen und Verschiebungen von Aufträgen erfolgen sehr häufig, insbesondere im Handwerk arbeiten die Unternehmen zum Teil noch Auftragspolster ab. Neue Aufträge bleiben teilweise jedoch komplett aus. Das Auftragsvolumen ist in den letzten Wochen beträchtlich eingebrochen. Die befragten Unternehmen geben einen durchschnittlichen Rückgang der Aufträge um ein Drittel an.

Probleme der Finanzlage bzw. der Liquidität werden von 40 % der Unternehmen genannt. Einige gewerbliche Kunden bringen auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen im Landkreis Schweinfurt in Schwierigkeiten, da diese einen vorübergehenden Zahlungsstopp veranlasst haben.

Fast ebenso häufig sehen die Unternehmen ein Problem darin, dass wegen der fehlenden Kinderbetreuung Mitarbeiter nicht zur Verfügung stehen (33 %). Die fehlende Verfügbarkeit von ausländischen Mitarbeitern nennt dagegen nur jedes zwölfte Unternehmen als Problem.

Fehlendes Material oder Ausfälle bei Lieferungen bzw. Vorprodukten werden ebenfalls von mehr als einem Viertel der Unternehmen genannt (27 %). Dies führt bei einigen Unternehmen auch bereits vereinzelt zu Termenschwierigkeiten gegenüber ihren Kunden oder zu Produktionseinschränkungen. Hier zeigen sich insbesondere bei Lieferketten mit dem europäischen Ausland Schwierigkeiten.

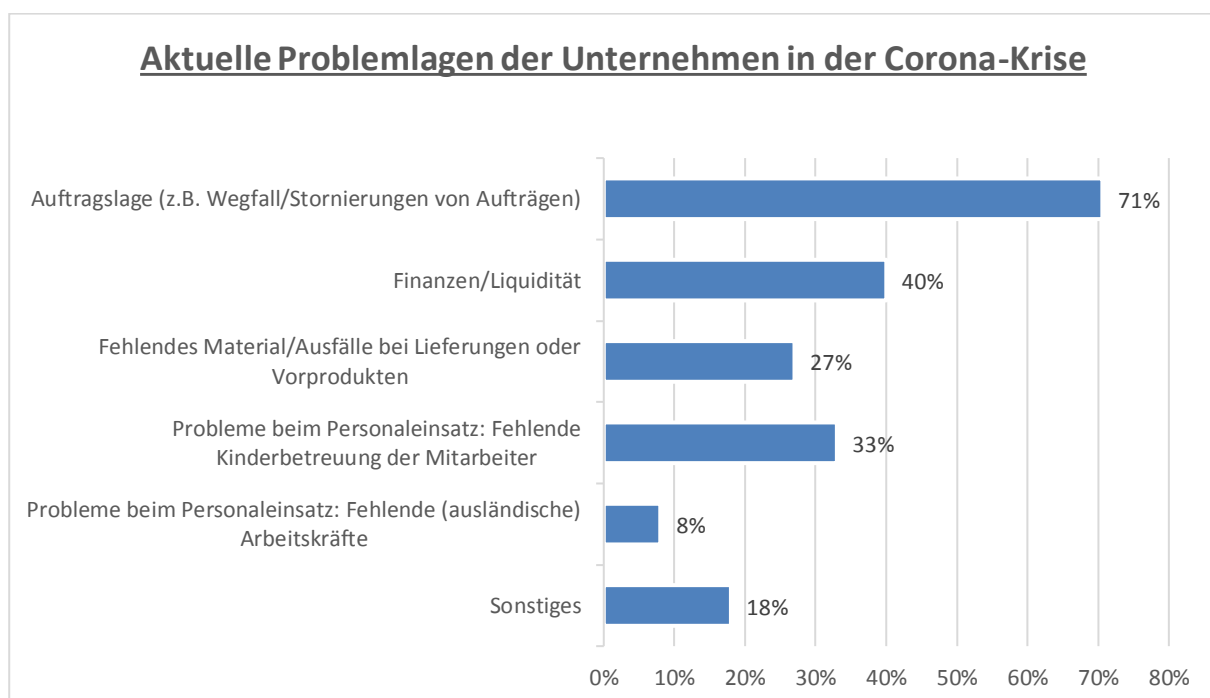


Abb. 1: Aktuelle Problemlagen

Häufig wird schließlich auch über einen höheren Aufwand in der betrieblichen Organisation berichtet. Kritisiert wird auch eine Wettbewerbsverzerrung im Einzelhandel auf Grund des Verkaufs von Mischsortimenten durch große Lebensmitteleinzelhändler. Bei Unternehmen, die aktuell noch Aufträge abarbeiten können, ist der Ausblick meistens getrübt. Ab dem 3. oder 4. Quartal erwarten diese Unternehmen oft Rückgänge bei Aufträgen und Umsatz. Aktuell wird von den befragten Unternehmen auf die ergänzende Frage auch bereits ein durchschnittlicher Umsatzrückgang von 34 % angegeben.

## Liquiditätsprobleme betreffen vor allem kleine Unternehmen – größere Unternehmen bereitet fehlende Kinderbetreuung Probleme

Die Betrachtung nach Größenklassen der Unternehmen zeigt, dass die Bedeutung der einzelnen Problemlagen zum Teil stark variiert. Der Rückgang der Auftragslage betrifft die Unternehmen mit 10 bis 99 Mitarbeiter am stärksten, ist jedoch in allen Größenklassen das meist genannte Problem. Die Sicherstellung der Liquidität ist insbesondere für die kleinsten Unternehmen eine große Herausforderung, mit zunehmender Größe der Unternehmen nimmt die Häufigkeit dieser Nennung ab. Dagegen nimmt die Bedeutung der Einschränkungen beim Personaleinsatz auf Grund der fehlenden Kinderbetreuung mit der Unternehmensgröße zu. Bereits bei Unternehmen ab 10 Mitarbeitern betrifft dies etwa jedes dritte Unternehmen. Bei den Unternehmen ab 25 Mitarbeitern ist dies durchgängig sogar die zweithäufigste Problemlage.

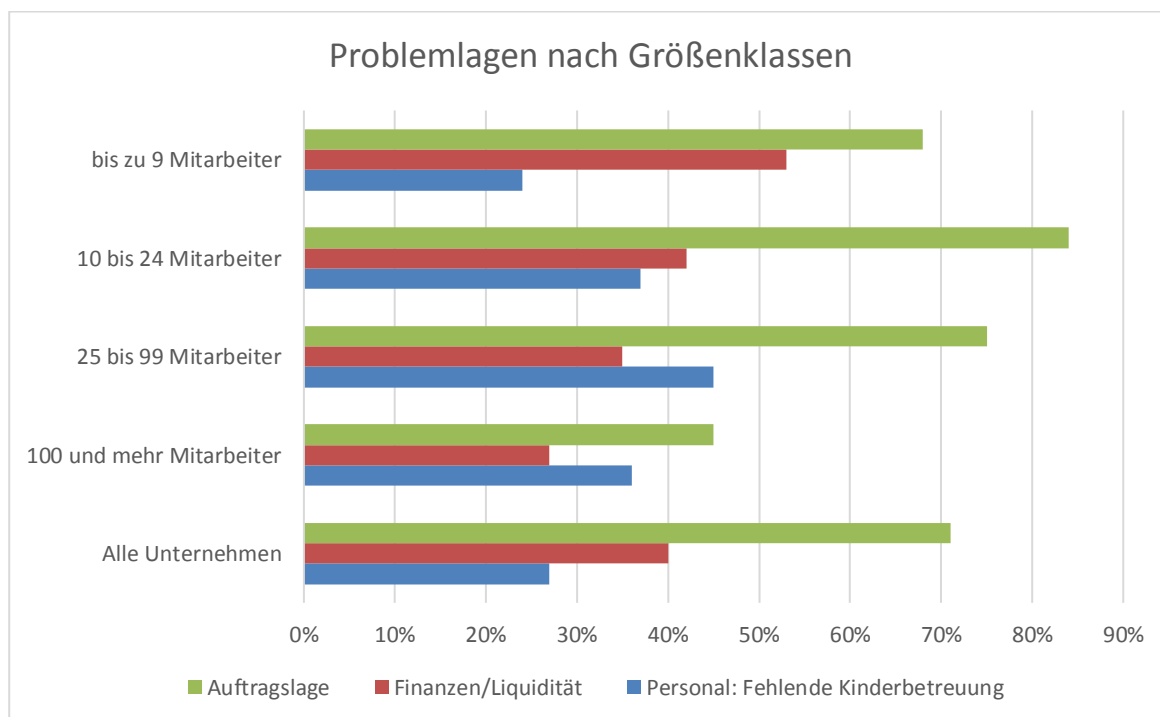


Abb. 2: Drängendste Problemlagen nach Größenklassen

### Home-Office nur für wenige Mitarbeiter möglich

Nur in gut jedem zweiten Unternehmen können zumindest einige Mitarbeiter aus dem Home-Office arbeiten. Bei der Betrachtung nach Größenklassen zeigt sich, dass mit steigender Größe des Unternehmens häufiger Home-Office genutzt werden kann. So bieten alle teilnehmenden Unternehmen mit 100 und mehr Mitarbeitern diese Möglichkeit an.

Aber selbst bei den Unternehmen, die Home-Office anbieten, sind es durchschnittlich nur gut ein Viertel der Beschäftigten, die von zu Hause aus arbeiten können.

### Kurzarbeit und Soforthilfen werden stark in Anspruch genommen

Etwas weniger als die Hälfte der befragten Unternehmen (45 %) haben bisher ein Hilfsprogramm in Anspruch genommen. Falls Hilfe beantragt wird, wird jedoch ganz überwiegend auch mehr als ein Hilfsprogramm genutzt. Am häufigsten werden die Soforthilfen genutzt (67 % der Unternehmen, die

Hilfe in Anspruch nehmen), die je nach Größe des Unternehmens vom Bund (bis 9 Beschäftigte) oder dem Freistaat Bayern (ab 10 Beschäftigte) finanziert werden. Fast ebenso so häufig (62 %) geben die Unternehmen an Kurzarbeit in Anspruch zu nehmen. Auch die Stundung der Gewerbesteuer haben mehr als ein Drittel der Unternehmen, die eine Hilfeleistung nutzen, beantragt. Die Kreditangebote der KfW oder LfA werden dagegen nur von etwa jedem achtem dieser Unternehmen nachgefragt.

Daneben haben die Unternehmen vereinzelt auch die Reduzierung oder Stundung anderer Steuerzahlungen- und vorauszahlungen beantragt. Ebenso beantragten Unternehmen die Stundung der Sozialversicherungsbeiträge.

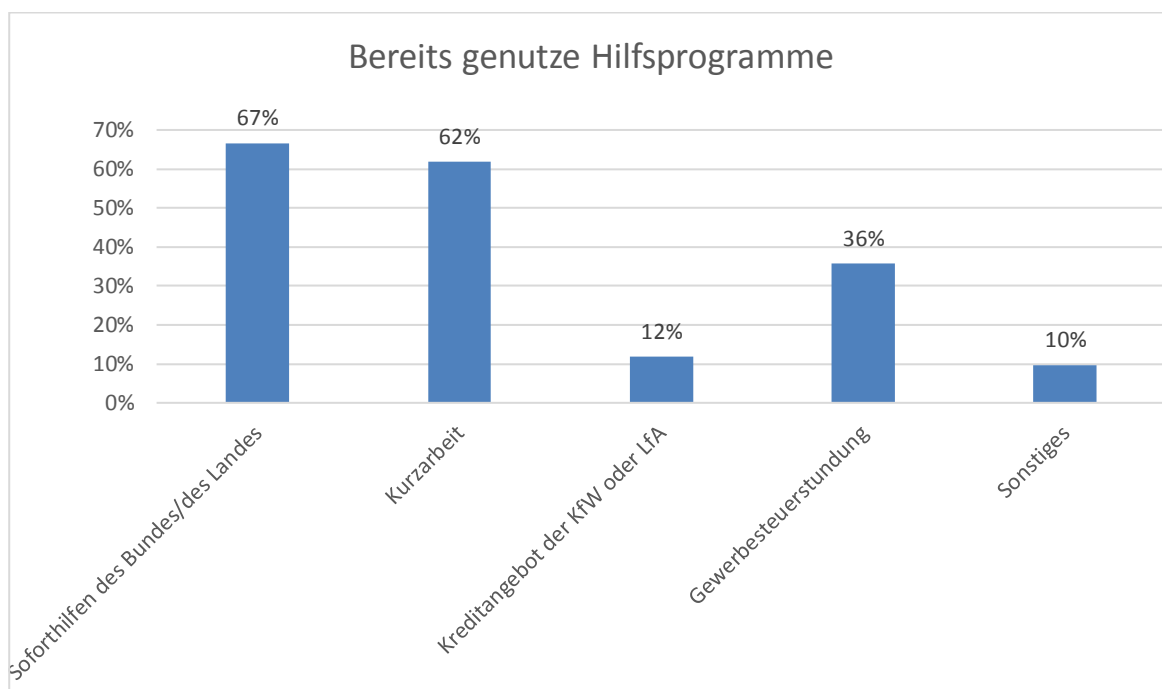


Abb. 3: Bereits genutzte Hilfsprogramme

Bei den Soforthilfen halten sich Lob und Kritik die Waage. Unternehmen berichten häufig von einer schnellen Auszahlung, etwa genauso viele Unternehmen kritisieren jedoch auch die lange Bearbeitungsdauer bzw. die nach mehreren Wochen noch nicht erfolgte Auszahlung.

Auch die Auszahlung der Kredite hatten die Unternehmen teilweise schneller erwartet.

### **Soforthilfe ist für kleine Unternehmen wichtiges Instrument – größere Unternehmen setzen auf Kurzarbeit**

Die Betrachtung nach Größenklassen der Unternehmen zeigt, dass sich die Bedeutung der einzelnen Hilfsprogramme stark unterscheidet. Die Soforthilfen werden nur von den kleinen und Kleinstunternehmen überdurchschnittlich stark in Anspruch genommen. Bei den Unternehmen ab 10 Beschäftigten ist dagegen die Kurzarbeit das am stärksten genutzte Instrument. Bei der Stundung der Gewerbesteuerzahlungen sind die Unterschiede zwischen den Größenklassen dagegen nicht so stark ausgeprägt.

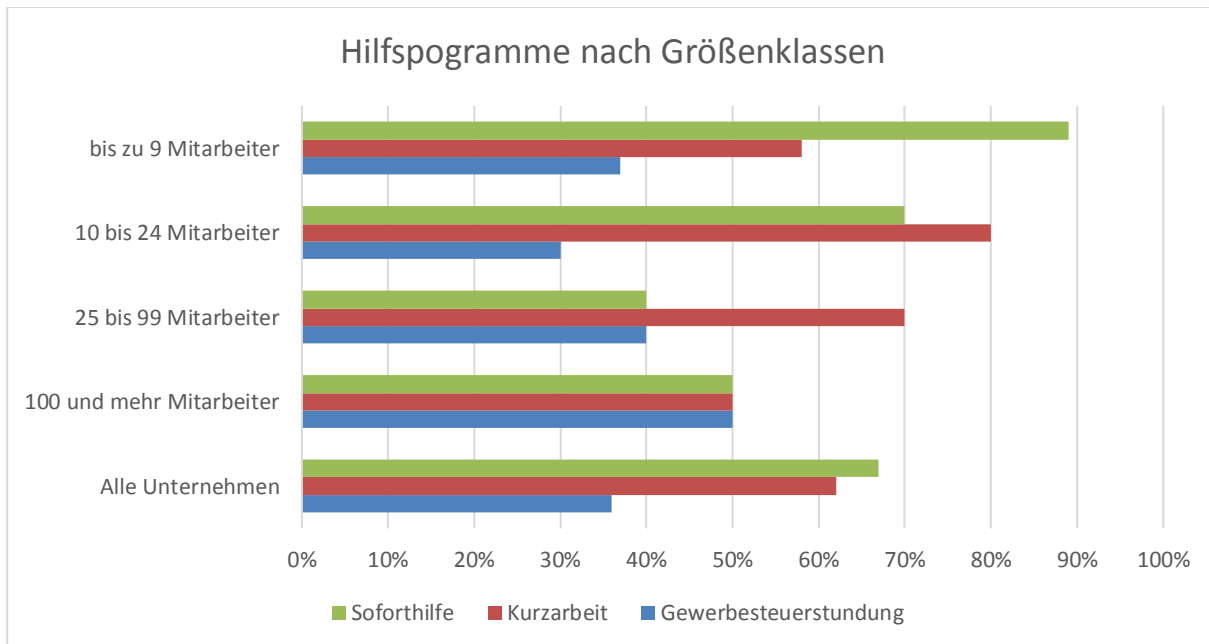


Abb. 4: Genutzte Hilfsprogramme nach Größenklassen

Auch die Inanspruchnahme von Hilfsprogrammen stellt sich in Abhängigkeit von der Größenklasse unterschiedlich dar. Bei den Unternehmen bis 9 Beschäftigte haben gut 40 % der Betriebe ein Hilfsprogramm in Anspruch genommen, bei den Unternehmen zwischen 10 und 99 Beschäftigten sogar die Hälfte. Die größeren Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern haben dagegen nur zu einem Drittel Hilfsprogramme beantragt.

### **Weitere Hilfsprogramme wollen 40 % der Unternehmen beantragen**

Die Beantragung weiterer Hilfsprogramme beabsichtigen etwa 40 % der Unternehmen. Geplant wird überwiegend die Inanspruchnahmen der Kreditprogramme, von Kurzarbeit sowie die Stundung von Steuerzahlungen – hier zeigt sich eine deutlich andere Schwerpunktsetzung im Vergleich zu den bereits bisher genutzten Hilfsprogrammen.

### **Wunsch nach Öffnung unter Beachtung von Gesundheitsschutz und mit nachvollziehbaren Regelungen**

Kurzfristig beschäftigt die Unternehmen ganz überwiegend die Frage, wie das Wirtschaftsleben wieder anlaufen kann. Die Befürworter einer schnellen und umfassenden Öffnung sowie einer vorsichtigen/abwartenden Vorgehensweise (Verlängerung der Einschränkungen) hielten sich dabei in etwa die Waage. Die Kompromisslinie einer zügigen Öffnung möglichst aller Geschäfte und Betriebe (außer Großveranstaltungen), diese Öffnung jedoch unter Beachtung und Umsetzung von ausreichenden Schutzmaßnahmen, wurde noch deutlich häufiger als Wunsch an die Landes- und Bundespolitik formuliert.

Die mittlerweile vorgesehene Erhöhung des Kurzarbeitergeldes wurde ebenfalls mehrmals an den Bund adressiert; häufig gefordert vom Land wurde dagegen die Öffnung der Schulen und Kindergärten.

Viele Unternehmen wünschen sich daneben mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit, so dass unternehmerische Entscheidungen verantwortungsvoll getroffen werden können. Auch Defizite in

der Kommunikation bezüglich einzelner Regelungen – genannt wurde z.B. die Begründung und Nachvollziehbarkeit der 800 qm – Regelung für den Einzelhandel – wurden thematisiert. Aber auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter ist den Unternehmen ein Anliegen. Neben Aspekten bezüglich der Beschaffung von Schutzausrüstung wurde auch der konstruktive Vorschlag einer erleichterten Freistellung von Mitarbeitern aus Risikogruppen mit Lohnausgleich an die Bundes- und Landespolitik gerichtet.

### **Investitionen in (digitale) Infrastruktur und Steuersenkungen sollen mittelfristig helfen**

Viele Anregungen an die Bundes- und Landespolitik für mittelfristig wirksame Maßnahmen betreffen das Steuerrecht. Die Unternehmen setzen sich für niedrigere Steuern für Kleinunternehmen, eine Senkung der Umsatzsteuer sowie eine angemessene Besteuerung des Onlinehandels ein. Ziel der Steuersenkungen soll es sein, dass bei sinkenden Umsätzen zumindest ein neutrales Ergebnis erreichbar sein kann. Auch der Abbau von Bürokratie und Reglementierungen wird wiederholt genannt. Konjunktur-, Investitions- bzw. Infrastrukturprogramme zum Ausbau der digitalen Infrastruktur, für eine bessere Bildung sowie für Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sehen ebenfalls viele Unternehmen als sinnvolle Investition in die Zukunft an. Fördermittel sollten künftig auch stärker den Klein- und mittelständischen Unternehmen zukommen, im Vergaberecht sollte ein Regionalbezug aufgenommen werden. Eine konkrete Förderung durch die Unterstützung bei Werbemaßnahmen, etwa für ein gutes Image des Handwerks oder die berufliche Ausbildung, sowie bei Messeauftritten schlagen ebenfalls einige Unternehmen vor.

### **Mit Investitionen in Gesundheitsschutz und Prävention, lokaler Vernetzung sowie regionaler Vergabe könnte der Landkreis Schweinfurt die Unternehmen unterstützen**

Vom Landkreis Schweinfurt wünschen sich die Unternehmen im Gesundheitsschutz Maßnahmen für die Prävention künftiger Krisen. So soll ein Vorrat an Schutzausrüstung bereitgestellt und das Gesundheitsamt ausgebaut werden. Auch der Ausbau des Gesundheitswesens bzw. des medizinischen Bereichs wird mehrmals genannt. Der Landkreis Schweinfurt könnte auch die Erfahrungen der Unternehmen in der Corona-Krise konsolidieren und als „Handreichung“ allen Unternehmen zur Verfügung stellen.

Wichtig ist den Unternehmen daneben ein weiterer Ausbau der digitalen Infrastruktur. Neben der Breitbandversorgung werden hier – auch auf Grund der Erfahrungen der letzten Wochen – erweiterte Möglichkeiten der digitalen Kommunikation und digitalen Antragstellung genannt. Auch ein digitales Forum zum Austausch der regionalen Unternehmen wird angeregt.

Die Unternehmen wünschen sich daneben auch eine konkrete Unterstützung durch die Bereitstellung von Angebots- oder Werbeplattformen für Unternehmen oder eine positive Berichterstattung über die lokale Wirtschaft. Bei den Gebühren sollten Kommunen und Kammern die Unternehmen entlasten, die Kinderbetreuung soll noch flexibler werden. Bei Vergabeverfahren wünschen sich daneben viele Unternehmen eine Bevorzugung regionaler Anbieter oder kleiner und mittelständischer Unternehmen.

## **Ergebnisse spiegeln aktuelle Situation und Inanspruchnahme der Hilfeleistungen wider – Anregungen der Unternehmen als Arbeitsprogramm für Bund, Freistaat und Landkreis**

Die Ergebnisse bestätigen zum Teil die Rückmeldungen, die die Wirtschaftsförderung in den letzten Wochen bereits erreicht haben. In diesen Gesprächen dominierten meistens Probleme mit beantragten Hilfeleistungen – überwiegend thematisiert wurden dabei die Soforthilfen – sowie individuelle Fragestellungen, die in der Regel mit dem Ordnungsamt gelöst werden konnten. Die Unternehmensbefragung zeigt nun jedoch einige Aspekte in überraschender Deutlichkeit auf.

Bei den Problemlagen zeigt sich, dass die Sicherstellung der Liquidität mit steigender Unternehmensgröße deutlich abnimmt. Die durch das Bundesprogramm für diesen Kreis ausgeweiteten Soforthilfen erscheinen deswegen ein passgenaues und zielgerichtetes Instrument zu sein.

Für die größeren Unternehmen, bei denen die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer beschäftigt ist, rückt dagegen die Frage nach dem Personaleinsatz auf Grund der fehlenden Kinderbetreuung in den Vordergrund. Bei weiteren Öffnungen des Wirtschaftslebens dürfte diese Problematik noch an Bedeutung gewinnen.

Hilfeleistungen wurden bisher von weniger als der Hälfte der Unternehmen in Anspruch genommen. Die Kurzarbeit ist dabei für die Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten aktuell das wichtigste Instrument zur Unterstützung. Der Ausblick zeigt, dass Kurzarbeit und auch die bisher nur wenig genutzten Kreditprogramme noch an Bedeutung gewinnen werden.

Im Home-Office können nur überraschend wenige Mitarbeiter arbeiten. Bei den größeren Unternehmen besteht häufiger die Möglichkeit dazu als bei den kleineren Unternehmen.

Die Anregungen an Bund und Freistaat Bayern für die nächsten Schritte, aber auch für die mittelfristig aus Sicht der Unternehmen sinnvollen Maßnahmen, können den Entscheidungsträgern in Bund und Land wichtige Impulse geben. Auch der Landkreis Schweinfurt wird diese Anregungen aufgreifen und setzt auf die Unterstützung des Gesetzgebers bei den Vorschlägen, die er ohne gesetzliche Anpassungen nicht umsetzen kann.

### **Zur Qualität der Umfrage:**

Die Umfrage hatte das Ziel in kurzer Zeit und im Rahmen der eigenen personellen Kapazitäten eine Erhebung und Auswertung durchzuführen. Die Umfrage wurde deswegen als Stichprobe konzipiert, gut 400 Unternehmen wurde per Mail angeboten an dieser kurzen online-Umfrage teilzunehmen. Die Unternehmen hatten eine Woche Zeit, um an der Umfrage teilzunehmen.

Etwa ein Viertel der angeschriebenen Unternehmen (101 Unternehmen) hat an dieser Blitzumfrage teilgenommen und innerhalb einer Woche geantwortet. Die Teilnahmequote entspricht damit etwa der letzten umfassenden Unternehmensbefragung der Wirtschaftsförderung.

Die Auswertung der Teilnehmer zeigt folgende Ergebnisse: Regional spiegelt sich die Wirtschaftsstruktur im Landkreis Schweinfurt wieder. Die Gemeinden mit den meisten Betrieben und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind auch am stärksten bei den antwortenden Unternehmen vertreten.

Die Verteilung der Branchen spiegelt grundsätzlich die Wirtschaftsstruktur im Landkreis Schweinfurt wieder, wie sie auch in der letzten umfassenden Unternehmensbefragung dargestellt hat. Leicht unterrepräsentiert im Vergleich dazu ist nur der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, die Dienstleistungsbranchen sind dagegen etwas überrepräsentiert.

Knapp die Hälfte der Teilnehmer sind Kleinunternehmen mit bis zu 9 Beschäftigten. Dieses Ergebnis liegt nur wenig unter dem Ergebnis der letzten umfassenden Unternehmensbefragung. Leicht überrepräsentiert sind dagegen nur die Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten.

Grundsätzlich erscheinen die Stichprobe bzw. die teilnehmenden Unternehmen damit eine belastbare Datengrundlage darzustellen und den Wirtschaftsstandort Landkreis Schweinfurt abzubilden.